

## **Rede von Renate Geuter im Rahmen der Ersten Lesung des Haushaltes 2014 und des Haushaltsbegleitgesetzes 2014**

25. September 2013, 16. Plenarsitzung

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Gemeinsam mit dem Haushaltsgesetz 2014 und den Haushaltsplänen legen Ihnen die Regierungsfractionen auch den Entwurf für das Haushaltsbegleitgesetz 2014 vor. Zu einigen Artikeln des Gesetzentwurfs werde ich heute Stellung nehmen. In den folgenden Haushaltsplanberatungen haben wir sicherlich noch die Gelegenheit, alle Einzelheiten intensiv zu diskutieren. In Artikel 1, der Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich, wird systemkonform und folgerichtig eine Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs als Folge der höheren Erstattungsquote des Bundes für die Kosten der Grundsicherung vorgenommen. Diese Kostenübernahme bedeutet eine erhebliche Entlastung der Landkreisebene, die jetzt im kommunalen Finanzausgleich nachvollzogen werden muss. Damit setzen wir diese interkommunale Verschiebung fort, die die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung mit der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2012 begonnen hat. Bereits damals haben die kommunalen Spitzenverbände gefordert, eine Anpassung der Aufteilungsverhältnisse zukünftig in regelmäßigen Abständen vorzunehmen. Weil die zugrundeliegende bundesgesetzliche Regelung bis Ende 2012 noch nicht vorlag, kann es erst heute zu dieser Anpassung kommen. Vor dem Hintergrund, dass Sie damals der Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zugestimmt haben, Herr Hilbers, wundert es mich heute, dass Sie uns kritisieren, wenn wir genau das fortsetzen, was Sie damals angekündigt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Karl-Heinz Klare:**

Frau Geuter, ich darf Sie kurz unterbrechen. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hilbers?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

**Renate Geuter (SPD):**

Er hat hinterher sicherlich die Möglichkeit, etwas dazu zu sagen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Warum liefern Sie denn kein Gutachten mit, wie wir das damals gemacht haben?)

**Vizepräsident Karl-Heinz Klare:**

Nein, Herr Hilbers!

(Zuruf von der SPD: Herr Hilbers!)

**Renate Geuter (SPD):**

Herr Hilbers, wir haben ganz viel Zeit und viele Möglichkeiten, das im Haushaltsausschuss zu diskutieren. Darauf freue ich mich schon besonders.

(Zuruf von der CDU: Herr Hilbers freut sich auch darauf!)

- Da bin ich mir nicht so sicher.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das stimmt! - Jens Nacke [CDU]: Hat sie jetzt die Frage beantwortet, die er nicht stellen durfte?)

Die Niedersächsische Landesregierung hat bei ihrer aktuellen Finanz- und Aufgabenplanung große Herausforderungen zu bewältigen. Wir haben im Haushalt 2013 ein strukturelles Defizit von 1,3 Milliarden Euro vorgefunden. Da Herr Hilbers das offensichtlich bis heute nicht nachvollziehen kann, bin ich der festen Überzeugung, dass der Herr Finanzminister ihm die Zusammensetzung dieses Betrages gern noch einmal vorrechnen wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Hinblick auf die Einhaltung der Schuldenbremse ist es aus unserer Sicht dringend geboten, dieses strukturelle Defizit schrittweise und nachhaltig zu senken, und zwar ohne Einmaleffekte und Veräußerungserlöse. Der Kurs der schwarz-gelben Landesregierung bestand in den letzten Jahren ja darin, die Kreditermächtigungen, die man sich für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 über das not-wendige Maß hinaus genehmigt hatte, in Form der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage schritt-weise zur Deckung einzusetzen. Dazu gab es in erheblichem Umfang Vermögensveräußerungen. Diese Einmaleffekte haben zwar den Haushaltsausgleich ermöglicht, aber die strukturelle Deckungslücke nicht verringert, da sie eben nicht dauerhaft zur Verfügung stehen. Die rot-grüne Landesregierung hat diese nicht nachhaltig wirkenden Maßnahmen deutlich verringert und wird ab dem nächsten Jahr ganz darauf verzichten.

Darüber hinaus - das sage ich ganz ehrlich - hat die damalige Landesregierung einfach Glück ge-habt. Aufgrund der guten Konjunktur hatte sie die Chance, Zinsmindereinnahmen und Steuermehr-einnahmen einzusetzen. Wenn wir alle diese Effekte bei Ihren Haushalten berücksichtigen, dann stellen wir fest, dass zum Thema Konsolidierung, zumindest in den letzten Jahren, gar nichts mehr zu sehen ist. Sie haben zwar das Wort „Konsolidierung“ inflationär gebraucht, sind aber den Beweis schuldig geblieben, dass Sie tatsächlich konsolidiert haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Norbert Böhlke [CDU]: Das ist ja bei Ihnen ganz anders!)

Falls Sie es vergessen haben sollten: Erst im Dezember ist es gelungen, mit dem Gesetz, das auf Wunsch des kleinen Koalitionspartners nicht „Nachtragshaushalt“ heißen durfte, den Haushalt gerade so eben verfassungsmäßig zu machen. Wenn Sie sich daran nicht erinnern, dann erinnere ich Sie an die Äußerung von Herrn Ellerbrock seinerzeit im Haushaltsausschuss.

Neben dem Verzicht auf die von mir beschriebenen Einmaleffekte weist unsere mittelfristige Finanzplanung für den gesamten Planungszeitraum keine Handlungsbedarfe, d. h. keine Deckungslücken mehr auf.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Dafür aber 2 Milliarden neue Schulden!)

Sie ist also realitätsnäher und belastbarer als die unserer Vorgängerregierung. Insofern ist es auch folgerichtig, die Regelungen der Landeshaushaltsordnung entsprechend anzupassen.

Die aktuelle Mipla zeigt uns auch ganz deutlich, dass von den von Ihnen behaupteten vollen öffentlichen Kassen, die Sie uns angeblich hinterlassen haben, keine Rede sein kann, es sei denn, Sie erzählen uns, wo Sie noch Geld gebunkert haben. Wir haben von Ihnen einen Haushalt übernommen, der gerade so eben an der Grenze der Verfassungsmäßigkeit ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wie der Finanzminister weise auch ich noch ein-mal ausdrücklich darauf hin, dass weder im aktuellen Haushaltsplanentwurf noch in der mittelfristigen Finanzplanung dieser Landesregierung ein Ansatz enthalten ist, der nicht gedeckt ist.

Es gibt also keinen Wünsch-dir-was-Haushalt.

Auch schwierige finanzielle Rahmenbedingungen entbinden uns nicht von der Verantwortung, eigene politische Zielsetzungen zu verfolgen. Zusätzliche Kreditmittel stehen uns als Finanzierungsinstrument definitiv nicht zur Verfügung. Wir wollen sie ganz bewusst nicht nutzen. Daher haben wir die uns zustehende Möglichkeit zu einer moderaten Anhebung der Grunderwerbsteuer auf das Niveau vieler anderer Bundesländer genutzt.

(Christian Dürr [FDP]: Auf die gleiche Höhe, die Sie bei uns kritisiert haben!)

Es waren aber auch Einsparungen innerhalb des Budgets erforderlich, um in wenigen Politikbereichen eigene Schwerpunkte zu setzen. Die Fraktionsvorsitzende hat schon darauf

hingewiesen. Wenn Sie von der FDP-Fraktion wie eben kritisieren, dass wir eine Aufgabenkritik vornehmen, bevor wir über Stelleneinsparungen reden, dann kann ich Ihnen nur ausdrücklich empfehlen, den aktuellen Bericht des Landesrechnungshofes zum Thema Verwaltungsmodernisierung der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung zu lesen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: Sehr lesenswert!)

Dort ist nämlich sehr dezidiert aufgeführt, dass die Tatsache, dass man erst Zahlen in den Raum gestellt hat, wie viele Stellen man einsparen will, aber keine vernünftige Aufgabenkritik vorgenommen hat, dazu geführt hat, dass die prognostizierten Einsparungen in den Folgejahren durch Mehrausgaben an anderer Stelle aufgezehrt worden sind.

Herrn Hilbers bin ich ausdrücklich für das Beispiel des Staatlichen Baumanagements dankbar. Er hat versucht, hier den Eindruck zu erwecken, wir würden zusätzliche Stellen schaffen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das tun Sie ja auch!)

Herr Hilbers, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind alle schon da, und zwar schon seit den Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung. Es war aber kein ausreichendes Personalkostenbudget für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorhanden. Das mussten wir jetzt anpassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Sie schaffen doch Stellen!)

Meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, Sie behaupten weiterhin, die vollständige Einhaltung der Schuldenbremse sei schon im Jahr 2017 möglich. Sie kritisieren aber jeglichen Einsparvorschlag in unserem Haushaltsplanentwurf und fordern darüber hinaus zusätzliche Ausgaben in vielen Bereichen der Landespolitik. Die FDP hält sogar noch Steuersenkungen für möglich. Das geht nur, wenn gleichzeitig die Grundregeln der Mathematik außer Kraft gesetzt werden.

Ich stelle fest: Wunsch-dir-was-Rhetorik in höchster Vollendung wird von Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, betrieben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Unser Haushaltsplanentwurf und die zugrunde liegende Mipla sind dagegen realistisch, belastbar, nachhaltig und zukunftsfähig. Das werden wir Ihnen in den Diskussionen der kommenden Wochen sehr selbstbewusst beweisen.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)